

Den Kommunismus nicht nur als politische Kraft wie jede andere zu betrachten, dazu bestand nach der Revolution einer totalitären Minderheit in Russland und der Bildung eines moskauzentrischen Parteiennetzes in Europa durchaus Grund. Und dass die liberale Demokratie neben starken Institutionen eine lebendige Zivilgesellschaft braucht, wird bis heute immer wieder deutlich. Der Schweizerische Vaterländische Verband (SVV) kombinierte allerdings in der Zwischenkriegszeit Antikommunismus und Bürgerengagement in einer Weise, die zumindest in der Rückschau fragwürdig erscheint. In ihrer aufwendigen Dissertation hat die Historikerin Dorothe Zimmermann diese Tätigkeit untersucht, vor allem mit Blick auf die Zeit von 1930 bis 1948, als der Staatsschutz im Zentrum stand.

Konstitutiv war für den SVV der Landesstreik von 1918 oder vielmehr die dadurch zu Recht oder zu Unrecht genährte Angst vor einem sozialistischen Umsturz. Nach der Aargauischen Vaterländischen Vereinigung gründete der Chirurg, spätere Divisionär und BGB-(SVP-)Nationalrat Eugen Bircher im April 1919 den schweizerischen Verband als Dachorganisation der Bürgerwehren. Diese Formationen von Freiwilligen sahen sich als Hilfskräfte zur Aufrechterhaltung der Ordnung, konnten allerdings auch Unklarheit um das staatliche Gewaltmonopol schaffen. Der SVV stellte im Weiteren einen «Werkdienst» auf die Beine, der den Staatsbetrieben Streikbrecher zur Verfügung hielt. Hinzu kamen ein Presse- und eben ein ausgebauter Nachrichtendienst.

Der auf Sektionen aufbauende Verband hatte anfangs massenhaft Zulauf, schrumpfte dann, zählte 1941 aber noch gegen 10 000 Mitglieder, unter ihnen auch Bundesrat Philipp Etter oder General Henri Guisan. Mit Politikern, Offizierskreisen und Unternehmern (als Geldgebern) war er gut vernetzt. 1933 beteiligten sich Exponenten des SVV an der Gründung des Bunds für Volk und Heimat; die meisten Sektionen stellten sich jedoch gegen die Absicht, den Verband ganz in die neue Organisation einzubringen, um dort die rechtsbürgerlichen und frontistischen Kräfte zu sammeln.

### Interna und Verdächtigungen

Von seiner spezifischen Position aus wollte der SVV einen Beitrag zum Staatsschutz erbringen. Vertrauensleute und bezahlte Spitzel (Parteimitglieder) lieferten ihm Informationen aus der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei, anderweitig eingeholte Auskünfte und Ergebnisse von Beobachtungen. Systematisch leitete der Verbandssekretär, Arnold Huber, was ihm relevant schien, der Bundesanwaltschaft zu, und sie wiederum gab zahlreiche Meldungen an die zuständige Kan-

# Im Antikommunismus gefangen

*Der Schweizerische Vaterländische Verband verschrieb sich dem Kampf gegen den Kommunismus und verstand sich als Teil des Staatsschutzes – ein Stück Schweiz der 1930er Jahre.*

Von Christoph Wehrli



Eine Sektion des Vaterländischen Verbandes an der 1.-August-Feier 1935 in Biel. BAR

tonspolizei weiter, damit sie der Sache nachgehe. So konnten sich Einvernahmen, Wohnungsdurchsuchungen und Verfahren ergeben, es wurden in der Folge – nach dem damaligen behördenfreundlichen Recht – Ausweisungen verfügt oder Einbürgerungsgesuche abgelehnt. Ein anderes Mal konnte ein Verdacht, zum Beispiel auf Scheinehe einer ausländischen Person, widerlegt werden. Die Autorin vermittelt den Eindruck, dass die vermeldeten «Fälle» kaum sicherheitsrelevant waren.

Prävention muss sich fast naturgemäss auf blosser Verdachtsmomente stützen. Problematisch war indes, dass vage, anonym weitergeleitete Angaben wie «Wühlerei» Ermittlungen auslösen konnten, die in die Privatsphäre eingriffen. Nach ergebnislosen Abklärungen konnte auf einer Fiche der Zentralregistratur an einer Person die Qualifikation «dubios» hängenbleiben. Besonders vermerkt Zimmermann, dass mangels festgestellter Straftaten oft ungewöhnliche Verhaltensweisen (Devianzen statt Delinquenzen) nach Bern gemeldet und dabei manche Stereotype, namentlich über Juden, verfestigt worden seien.

Generell den pejorativen Begriff «Denunziation» zu verwenden, scheint dennoch nicht zwingend. Die Autorin selbst attestiert den Aktivisten des SVV Besorgnis um das Land; selbstbezogen war allenfalls ein Bedürfnis nach Teilhabe und nach Selbstvergewisserung als «gute» Bürger. Die «Vaterländischen» liebten dabei in ihrem Bedrohungsmodell gefangen, das von Anfang an überzeichnet und undifferenziert war. Trotz internen Diskussionen überprüften sie ihre Sichtweise zu wenig und reagierten nur zögernd, als Rechtsextremismus und Nationalsozialismus die Lage komplizierter gemacht hatten.

Der SVV und die Bundesanwaltschaft kooperierten eng und vertrauensvoll. Auch mit den zuständigen Bundesräten Heinrich Häberlin und Eduard von Steiger (weniger mit Johannes Baumann) wurde ein direkter Austausch gepflegt. Für die Behörde war der private Zuträger umso wichtiger, als sie selber schwach dotiert war. Nach dem Auf- oder Ausbau 1935 verfügte der Fahndungs- und Informationsdienst (die spätere Bundespolizei) nur über ein halbes Dutzend Stellen, also wohl auch über wenig Kapazität zu kritischer Analyse.

Der SVV setzte sich stets für die Stärkung des offiziellen Staatsschutzinstrumentariums ein. Zwei extreme Initiativen aus seinen Kreisen waren aber 1922/23 kräftig verworfen worden, und auch zwei Gesetze (Leges Häberlin) fanden 1922 und 1934 keine Mehrheit im Volk; es folgten dann mehrere Erlasse im Dringlichkeitsrecht. Dieses Widerstreben der Stimmberechtigten mag inkonsequent erscheinen, wenn «fast die ganze Gesellschaft», wie Zimmermann schreibt, «antikommunistisch geprägt»

war. Positiv gedeutet, hatte für einen Grossteil der Bürger eben die Auseinandersetzung im Rahmen der demokratischen Prozesse Priorität, es wurde keine Politik via Staatsschutz betrieben.

### Opfer eigener Übertreibungen

Just die Bestrebungen zum Ausbau des Staatsschutzes führten 1936 zu einer Verstimmung des SVV über die politischen Behörden. Denn der Verband, der sich offenkundig als eine Instanz fühlte, hatte kein Verständnis dafür, dass die Landesregierung, ohne ihn zu begrüssen, anders vorging, als erwartet worden war. Zu einer deutlichen Wende kam es, als der SVV in der Flüchtlingspolitik für eine extreme Härte eintrat und ausdrücklich die Juden ins Visier nahm. Mit einer hemmungslosen Polemik im Nationalrat stiess Eugen Bircher 1944 nicht nur seinen Parteifreund Bundesrat von Steiger, sondern auch weitere dem SVV bisher wohlgesinnte Kreise vor den Kopf.

Nach Kriegsende folgte eine veritable Affäre mit einem Gerichtsprozess: Es kam an den Tag, dass der SVV ab 1929 gegen Bezahlung Material von Beamten der Zürcher Stadtpolizei bezogen hatte. Die Schlüsselfigur war dabei Otto Heusser, der im «roten Zürich» als Polizeiinspektor entlassen worden war und, als Gründungsmitglied des SVV, 1940 auch dessen Präsident werden sollte. Bemerkenswert ist neben den korrupten Beschaffungsmethoden die Absurdität, dass ein staatlich-privater Kreislauf von Informationen entstand, wobei sich der SVV von den in Bern eingespeisten Nachrichten wohl einen Prestigegewinn erhoffte.

Von dieser Krise, in der die Rolle des SVV überhaupt an die Öffentlichkeit kam, erholte sich der schweizerische Verband nicht – nur die Vereinigung im Aargau besteht noch heute (Präsident ist Nationalrat Andreas Glarner). Das Ende hing auch mit veränderten Konstellationen zusammen, wofür das Friedensabkommen in der Industrie und die Integration der SP stehen können – der SVV malte hingegen noch im Zweiten Weltkrieg «ein zweites 1918» an die Wand.

Drei Jahrzehnte später schienen sich gewisse Dinge zu wiederholen. Mit implizitem Bezug auf den privaten Nachrichtendienst von Ernst Cincera erklärte Bundesrat Kurt Furgler 1977, für solche Aktivitäten bleibe neben denen der verantwortlichen Staatsschutzorgane kein Raum, doch der einzelne Bürger solle wachsam sein.



Dorothe Zimmermann: Antikommunismus als Staatsschützer. Der Schweizerische Vaterländische Verband 1930–1948. Chronos-Verlag, Zürich 2019. 502 S., Fr. 58.–. Gratis-Download.

## Botanische Raritäten

*Die Anfänge der bürgerlichen Gartenkultur in Zürich*

Sabine von Fischer · In ihrer Handlungsbücherei boten Theodor und Otto Froebel ab 1835 in der Schweiz exklusive Bepflanzung, auch botanische Raritäten aus fernen Ländern an. Damit stieg nicht nur der Wert der Bepflanzung, die Gärten und Pärke in ihrer Komposition wurden zum Kulturgut. Die bürgerliche Gartenkultur blühte in Zürich im Alten Botanischen Garten und im Arboretum, in der Stadthausanlage, der Platzanlage Stadelhofen und im Garten der Villa Wesendonck (dem heutigen Rietpark) auf. Die Kunstgärtner Froebel bereicherten den geschliffenen Schanzengürtel und die aufgeschütteten Quaianlagen der Stadt Zürich genauso wie Villengärten von Baden bis Cham mit ihren einheimischen und exotischen Zier- und Nutzpflanzen. Ihr stetig ausgebauter Sortiment präsentierten Vater und Sohn in über 140 Katalogen, welche die Landschaftsarchitektin und -historikerin Claudia Moll zusammen mit zahlreichen Planunterlagen und Ansichten in langjähriger Forschung gesichtet und kontextualisiert hat.

Die Landschaftsarchitektur als Disziplin war erst im Entstehen begriffen,

dies zeigt auch die fragmentierte Aktenlage beispielsweise der Gartenanlage der Tonnhalle, für welche die Firma Froebel 1894 einen verhältnismässig grossen Auftrag erhalten hatte, der aber sieben Jahre später «ohne weitere Diskussionen» aufgelöst wurde. Der dann von einem Konkurrenten fertiggestellte Garten verschwand knapp vierzig Jahre später beim Bau des Kongresshauses. Doch Molls Erzählung gibt uns den Hinweis, dass einige Schwarzkiefern als Zeugen blieben – und führt durch andere, erhaltene Gärten in ihrer Entstehungsgeschichte und ihrem Wandel.

So war im 19. Jahrhundert nicht mehr nur das Haus, sondern auch der Garten zunehmend Schauplatz der bürgerlichen Repräsentation.



Claudia Moll: Theodor & Otto Froebel Gartenkultur in Zürich im 19. Jahrhundert. GTA-Verlag, Zürich 2019. 235 S., 160 Abb., Fr. 65.–.

## Angst isst die Managerseele auf

*Sabine Dietrich warnt davor, trendige Führungsmethoden zu übernehmen*

Sergio Aiolfi · Managementkonzepte haben oft den Charakter von Modeartikeln. Eine Neuheit jagt die nächste, und stets läuft man Gefahr, den Dernier Cri zu verpassen. Meist fehlen einer Firmenführung indessen Geld und Zeit, um sich ein massgeschneidertes Modell anfertigen zu lassen, weshalb die Wahl nicht selten auf Preisgünstiges ab Stange fällt. Erschwert wird die Sache dadurch, dass es eine Fülle an Massenprodukten gibt: Simultaneous Engineering, Agility oder neuerdings Holacracy. Wehe dem Chef, der sich da nicht auskennt; er wird bald weg vom Fenster sein.

Die Autorin Sabine Dietrich hat sich in einem neuen Buch zum Ziel gesetzt, Ordnung in diesen Wirrwarr zu bringen und gleichzeitig zu zeigen, dass die sklavische Befolgung von Modetrends dem Erfolg einer Firma abträglich sein kann. Die Autorin weiss, wovon sie spricht. Sie war 20 Jahre lang als Managerin in verschiedenen Betrieben tätig und arbeitet seit 10 Jahren als selbständige Unternehmensberaterin.

Hilfreich ist zunächst die von Dietrich gebotene Tour d'Horizon über die Managementmethoden, die seit den

1930er Jahren zur Anwendung gelangt sind: Sie reichen von der Qualitätskontrolle in der Massenfertigung bis zu Kaizen oder Six Sigma. Auffällig ist, dass die innovativen Konzepte stets aus den USA oder Japan stammten, mit der Autoindustrie als prominenter Schrittmacherin. Die Europäer zeichneten sich dagegen kaum je als Neuerer aus, sondern eher als Fashion Followers.

Hauptanliegen der Autorin ist es, Firmenverantwortliche davon abzuhalten, neuen Managementmoden – oder jeder «neuen Sau, die durchs Dorf gejagt wird» – blind zu folgen. Grund für das übermässige Vertrauen in neuartige Konzepte ist nach Dietrichs Darstellung meist die Angst. Eine epochale Änderung wie etwa die Digitalisierung kann in einem Betrieb, der schlecht darauf vorbereitet ist, das Gespenst des Untergangs heraufbeschwören. Die Furcht verhindert sodann rationale Beschlüsse und führt zur verzweifelten Suche nach einem Allerheilmittel.

Als Rezept gegen die Angstkultur schlägt die Autorin ein «souveränes» Vorgehen vor. Aus der Fülle der Konzepte sollte ein Manager nur jene Instru-

mente wählen, die zur Lösung eines spezifischen Problems der Firma dienen. Das setzt eine Analyse und einen «kühlen Blick» voraus – und genau das wird durch den Angstzustand verhindert.

Ein Teil der «souveränen» Reaktion auf unternehmerische Herausforderungen besteht auch darin, die Mitarbeiter in den Lösungsprozess einzubeziehen. Werden Veränderungen einfach von oben befohlen, werden sie von unten schlecht befolgt. Neuerungen, schreibt Dietrich, erzeugten stets Widerstand, und es sei Aufgabe des Managements, die Mitarbeiter aktiv dazu zu animieren. Motivationszerstörend ist es allerdings, wenn Veränderungen von den Angestellten nur noch als modische Erscheinung wahrgenommen werden.



Sabine Dietrich: Jedes Jahr eine neue Sau. Wie Manager den Methodenwahn durch Souveränität ersetzen. Verlag Wiley, Weinheim 2019, 250 S., Fr. 33.90.